

# VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

## AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12  
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

### 1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

„Corona“ und „Ukrainekrieg“ zogen die öffentliche Aufmerksamkeit so stark auf sich, daß die Misere auf dem deutschen Wohnungsmarkt in der öffentlichen Diskussion kaum mehr behandelt wurde und wird. Tatsächlich ist aber auch hier die Lage besorgniserregend. Inzwischen fehlt es nicht nur an Wohnraum für „Niedrigverdiener“, sondern z.B. auch für kinderreiche Familien. Der jährliche Neubaubedarf von 400 000 Wohnungen wird seit Jahren nicht erreicht und eine Besserung ist nicht abzusehen. Dies liegt u.a. an bürokratisch-langwierigen und damit geradezu abschreckenden Genehmigungsverfahren und immer aufwendigeren Baustandards, die – neben weiteren Einflüssen – die Baukosten in die Höhe schnellen ließen.

Statt über Anreize für den Wohnungsbau nachzudenken, träumt man in der tiefrot-grün gefärbten Berliner Landesregierung von Enteignungen und anderen Staatseingriffen wie z.B. einem Mietenstopp. Dahinter steht ganz klar der Gedanke, daß angeblich nur staatliche Wohnungen auch gute Wohnungen seien. Doch ist dies wirklich so? Ein Blick auf die frühere „DDR“, den damals „real existierenden Sozialismus“, belehrt uns schnell eines Besseren. Staatswohnungen und Mietenstopp: Darauf setzten im Übrigen nicht nur Walter Ulbricht, Erich Honecker und Konsorten, sondern vor ihnen auch schon Adolf Hitler. Doch das hörten die „DDR“-Sozialisten natürlich gar nicht gerne.

Werfen wir doch einmal einen Blick in das angebliche „Mieterparadies DDR“: Tatsächlich befand sich von den dortigen Mehrfamilienhäusern zum Schluß nur noch ein Fünftel in Privatbesitz. Der Traum des aktuellen SPD-Generalsekretärs Kevin Kühnert, wonach private Eigentümer Wohnungen nur noch zur Selbstnutzung, aber nicht zur Vermietung besitzen sollen, war seinerzeit in der „DDR“ also fast erfüllt. Hätte Kühnert damals schon gelebt, wäre es ihm gewiß auch eine Freude gewesen, auf die niedrigen Mietzinsen hinzuweisen. Tatsächlich lag der durchschnittliche Anteil der Mietausgaben bei nicht einmal 3 % des Haushaltseinkommens. Mieten in den heutigen deutschen Großstädten mag dies paradiesisch erscheinen – sie zahlen oft mehr als ein Drittel ihres Haushaltseinkommens –, doch der Preis dafür war hoch. Für viele von ihnen wohl zu hoch.

Das geringste Manko war noch die deutlich geringere Wohnfläche der meisten „DDR“-Wohnungen. Der oft sehr schlechte Erhaltungszustand wog da schon schwerer. Für die damaligen Westdeutschen schon nicht mehr hinnehmbar war aber die durchschnittliche Wohnungsausstattung. Während in der Bundesrepublik der 1980er Jahre bereits 98 % der Wohnungen über ein eigenes, innenliegendes Bad/WC verfügten, waren es gegen Ende der „DDR“ erst 73 %. Noch jede vierte Mietwohnung, das sollte man sich einmal klarmachen, wies eine sogenannte „Außentoilette“ auf, die sich meistens auch noch die Bewohner mehrerer Wohnungen teilen mußten. Es verwundert deshalb nicht, daß die damaligen Plattenbauten (mit fließend Warmwasser!) so begehrt waren.

Gleichwohl mußte der normale „DDR“-Bürger auf seine eigene Mietwohnung oft mehr als zehn Jahre warten. Wohnraum entwickelte sich deshalb rasch zu einer wertvollen „Tauschware“. Man speulierte mit ihr oder man gab sie an Freunde und Verwandte weiter. So wie viele „DDR“-Bürger wegen der langen Wartezeiten einfach einen Trabant bestellten, obwohl sie ihn auf absehbare Zeit gar nicht benötigten, ließen sie sich auch in die Wartelisten für Mietwohnungen aufnehmen. Zuständig waren die Wohnungsämter und wer nicht ständig auf sich aufmerksam machte (oder Beziehungen spielen ließ), hatte kaum eine Chance. Etwas besser sah es für frisch getraute Ehepaare aus, weshalb das durchschnittliche Heiratsalter in der „DDR“ deutlich niedriger war als „im Westen“. Bei der späteren Scheidungsrate verhielt es sich dann aber umgekehrt.

Hat dies alles ein Großteil der Berliner Wähler vergessen, die bei der letzten Senatswahl eine Koalitionsregierung aus SPD, Grünen und Linkspartei ermöglichten (wenn man dem vielerorts offenkundig gefälschten Wahlergebnis Glauben schenkt), deren grüne und tiefrote Vertreter sich schon vor der Wahl für teilweise Enteignungen und Mietenstopp aussprachen? (tb)

### 2 **Niederlande mieten Kreuzfahrtschiff für Asylbewerber-Beherbergung**

In den Niederlanden ist dieser Tage das Kreuzfahrtschiff „Silja Europa“ eingetroffen, das in einem Hafen der Region Velsen-Noord festmachen und bis Februar nächsten Jahres 1000 Asylbewerber beherbergen soll. Seitens der betroffenen 5000 Einwohner kam es bereits zu ersten Protesten. In einer anderen, nur 3500 Einwohner zählenden Gemeinde sorgte die niederländische Regierung mit dem Kauf eines Hotelgebäudes ebenfalls für Unmut. Das Hotel, in dem rund 300 Asylbewerber untergebracht werden sollen, wurde ohne jede vorherige Absprache mit der Gemeinde erworben. Vor dem niederländischen Amt für Einwanderung und Einbürgerung sind derzeit fast 30 000 Asylanträge anhängig, kaum weniger als nach dem „Migrationshöhepunkt“ der Jahre 2015/16. (tb)

### 3 War das FBI bei „Russia-Gate“ beteiligt?

Der Strafprozess gegen den einstigen angeblichen Zeugen des britischen Spions Christopher Steele, Igor Danchenko, bringt möglicherweise den größten FBI-Politskandal der US-Geschichte zutage. Nicht weniger als der Verdacht einer Beteiligung an einem Putsch gegen den amtierenden US-Präsidenten steht im Raum.

Dazu die Hintergründe: Der britische Spion Christopher Steele verfasste seinerzeit ein Dossier, primär bestehend aus angeblichen Zeugenaussagen von Igor Danchenko, laut dem der damalige US-Präsident Donald Trump umfangreiche Kontakte in den Kreml und eigene wirtschaftliche Interessen in Russland unterhalte. Obwohl Danchenko und dessen angeblicher Zuträger Sergei Millian sowohl dem FBI als auch der CIA als äußerst zweifelhaft bekannt waren, verfasste Steele auf dieser wackeligen Basis einen gegen den US-Präsidenten gerichteten, kompromittierenden Bericht.

Dieses Dossier wiederum war Grundlage für eine breit angelegte Kampagne gegen Trump, die mutmaßlich von der Clinton Campaign orchestriert und von den Mainstream-Medien, FBI und CIA unterstützt worden sein soll. Sie wurde als „Russia-Gate“ bekannt und durch den damaligen Sonderermittler Rod Rosenstein über die gesamte Amtsperiode Donald Trumps hinweg „lautstark“ thematisiert. Weil den entscheidenden Protagonisten von vornherein bekannt gewesen sein muß, daß die gesamte Kampagne hauptsächlich auf Un- oder Teilwahrheiten und zweifelhaften Quellen basierte (die ihre angeblichen Aussagen später nicht mehr bestätigen wollten und deren Identität bis zum Schluss geheim gehalten wurde), hätten FBI und CIA die Millionen teure Sonderermittlung sofort einstellen müssen. Da sie dies unterließen, könnten sich die damals Verantwortlichen sowohl der Wahleinmischung als auch eines Putschversuchs gegen den 45. US-Präsidenten schuldig gemacht haben. Genau dies ist Gegenstand der Untersuchungen durch den neuen Sonderermittler John Durham. Dieser hat inzwischen die angegebenen Quellen und Zeugen soweit möglich selbst vernommen und er ist möglicherweise dem größten Politskandal der US-Geschichte auf der Spur.

Der britische Spion Steele hat – um seine eigene Haut zu retten – seine Quelle Danchenko verklagt, weil dieser seinem „Büro“ Falschinformationen geliefert habe. Dies ist unglaublich, weil Steele noch unter Sonderermittler Rosenstein bei seinen Falschbehauptungen geblieben war und er erst unter dem neuen Sonderermittler John Durham und mehreren Beweisen gegen ihn nun mit Hilfe seiner Anwälte das Gegenteil zu behaupten versucht. So oder so ist der politische Schaden für den 45. US-Präsidenten entstanden und möglicherweise der Tatbestand einer Beteiligung an einem Putschversuch erfüllt.

Noch skandalöser ist aber, daß der zwischenzeitliche Prozess gegen den Kampagnenleiter von Hillary Clinton ergab, daß Clinton persönlich die „Russia-Gate“-Kampagne gegen ihren damaligen Gegenkandidaten Donald Trump in Gang gesetzt haben soll. Dies gab der seinerzeitige Kampagnenleiter und Anwalt der Clintons, der damit ebenfalls seine eigene Haut zu retten versucht, gerichtlich zu Protokoll.

Der Sonderermittlung Durhams zufolge hat aber auch das FBI aktiv die Kampagne gegen den US-Präsidenten Trump mitbetrieben. Genau dies ergeben nun die Zeugenaussagen der sogenannten oben genannten „Quellen“. Diese gaben sogar zu Protokoll, daß sie von FBI oder CIA dafür bezahlt wurden, unterzutauchen und für Zeugenaussagen nicht zur Verfügung zu stehen.

Da diese Aussagen nun bereits gerichtlich als Zeugenaussagen unter Eid protokolliert sind, können sie nicht mehr widerrufen oder von der Bürokratie „beseitigt“ werden. Es bleibt abzuwarten, wie weit sich die Kreise um diesen offenkundigen Putschversuch namens „Russia-Gate“ noch ziehen werden, in den immer mehr hochrangige Angehörige der US-Bürokratie aktiv involviert gewesen sein dürften. (eh)

### 4 Wohin mit den „Deserteuren“?

Russen, die jetzt vor einer möglichen Einberufung zum Militärdienst fliehen, haben grundsätzlich Chancen auf ein Asyl in der Europäischen Union. Allerdings gibt es je nach EU-Mitgliedsland unterschiedliche Auffassungen hierzu, denn in den Genfer Flüchtlingskonventionen ist „Fahnenflucht“ (und um eine solche handelt es sich hier zunächst einmal) nicht als Asylgrund anerkannt. Hierzu bedarf es zusätzlicher, besonderer Umstände. Darunter können u.a. drohende Einsätze in einem Krieg fallen, der völkerrechtlich als rechtswidrig anzusehen ist oder die Gefahr einer persönlichen Diskriminierung des Schutzsuchenden. Die deutsche Innenministerin Nancy Faeser (SPD) erklärte deshalb bereits, daß „von schweren Repressionen bedrohte Deserteure im Regelfall internationalen Schutz in Deutschland“ genießen würden.

In der EU-Kommission erweckte man dieser Tage eher den Eindruck, von der Problematik (mit der seit dem 24. Februar dieses Jahres zu rechnen war) überrascht worden zu sein. Man wolle sich nun mit den EU-Mitgliedsstaaten kurzfristig beraten. Eine schnelle Einigung ist dabei aber unwahrscheinlich, wie viele kritische Beobachter bereits anmerkten. Schließlich wäre beispielsweise der von manchen EU-Staaten geforderte, vollständige Visastopp für Russen kaum mit einer Asylaufnahme russischer „Deserteure“ (von Frau Faeser so bezeichnet) zu vereinbaren. (tb)

### 5 Neue Bahnstrecke von China nach Europa soll Russland umgehen

Mitte September haben China, Kirgistan und Usbekistan ein lange erwartetes Abkommen zum Bau einer neuen Eisenbahnlinie unterzeichnet. Damit ist jetzt auch die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für die Streckenführung auf kirgischem Gebiet in greifbare Nähe gerückt. Diese stand bisher aus, weil Kirgistan nicht der von den beiden anderen Ländern favorisierten südlichen Streckenführung zustimmen, sondern die Bahnlinie näher an seine stärker besiedelten Nordregionen bringen wollte.

Die Kosten des Streckenbaus werden auf umgerechnet gut 4 Mrd. US-Dollar geschätzt, was die bisherigen Schätzungen deutlich unterschreitet. Sollte die neue Strecke realisiert werden, könnte sie (um das derzeit sanktionierte Russland herum) weiter südlich durch Turkmenistan und den Iran bis in die Türkei – und damit an den Rand des europäischen Kontinents – führen. Die Bahnstrecke von China nach Europa würde sich damit um rund 900 Kilometer verkürzen und die Reisezeit könnte um bis zu 8 Tage (!) verringert werden. (tb)

## 6 1,1 Millionen ukrainische Flüchtlinge in Deutschland

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz sprach vor etwa zwei Wochen bezüglich mancher Ukraine-Flüchtlinge von „Sozialtouristen“ und zog damit den Unmut auch von Teilen der eigenen Reihen auf sich. Werfen wir deshalb einmal einen Blick auf die offiziellen Zahlen:

Aktuell leben danach derzeit rund 1,1 Millionen aus der Ukraine geflüchtete Menschen in Deutschland, von denen etwa die Hälfte (rund 550 000) Leistungen nach den „Sozialhilfegesetzen“ beziehen. Etwa 30 000 von ihnen sind im Übrigen gar keine Ukrainer, sondern haben die Staatsangehörigkeit eines arabischen Staates – was man aus den deutschen Medien bisher praktisch nicht erfuhr. Sieht man sich die rund 550 000 „Sozialhilfeempfänger“ an (vor Beginn des Ukrainekrieges waren es rund 17 000 Personen), beziehen diese im Regelfall von der Bundesagentur für Arbeit Leistungen aus der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“. Sie erhalten damit neben Geld für den täglichen Lebensunterhalt auch die Mietkosten erstattet (einschließlich Nebenkosten und Strom!), erhalten außer der Reihe Zuwendungen für den Kauf z.B. erforderlicher Kleidung, Möbel und Elektrogeräte und sind krankenversorgt.

Tatsächlich – und diese Beobachtung kann für Merz' Vermutung sprechen – beobachten die Behörden derzeit gerade bei ukrainischen Flüchtlingen eine erhebliche Fluktuation, bei der viele kommen und andere gehen, zumindest für geraume Zeit. Der Verdacht eines möglichen Mißbrauchs der deutschen Sozialhilfe in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaß läßt sich nach verbreiteter Expertenauffassung deshalb nicht von der Hand weisen.

Bei den rund 30 000 „arabischen Ukrainern“ (s.o.) handelt es sich mehrheitlich um junge Männer, die angeblich ein Studium in Deutschland anstreben. Sie dürfen deshalb ohne weitere Auflagen oder Prüfungen für zunächst sechs Monate in Deutschland bleiben, um die deutsche Sprache zu erlernen. Inwiefern im Regelfall dieser „Auflage“ entsprochen werden dürfte, bleibt der persönlichen Einschätzung des geneigten Lesers überlassen. De facto wird dann auch nach Ablauf des halben Jahres niemand von Ihnen in sein Heimatland abgeschoben werden. Die Erfahrung lehrt, daß die meisten von Ihnen als „geduldete“ Sozialhilfeempfänger für praktisch unbegrenzte Zeit in Deutschland bleiben dürfen. (tb)

## 7 Verstaatlichung im Sinne des Sozialismus

Der das private Eigentum zunehmend verachtende Kurs der derzeitigen Bundesregierung im Rahmen der Energiepolitik stimmt immer mehr kritische Beobachter nachdenklich. Sie weisen darauf hin, daß die Probleme explodierender Strom- und Gaspreise durch Brüssels und Berlins Verantwortliche zumindest fahrlässig herbeigeführt, wenn nicht gar absichtlich verursacht worden seien:

Brüssel verlangte schon seit einiger Zeit die Abkehr von bestehenden, langfristigen Öl- und Gaslieferverträgen, um den US-Partnern den Verkauf ihres unter Umweltgesichtspunkten fragwürdig geförderten und zudem viel zu teuren Fracking-Gases zu ermöglichen. Die Geschehnisse in der Ukraine und die daraus folgenden Russland-Sanktionen taten dann ein Übriges. Direkt nach der Kappung langfristiger Lieferverbindungen nach Europa sorgten Spekulanten und die aus der (gewiß sinnvollen) Speicher-Befüllung resultierende Nachfrage für einen so steil steigenden Gaspreis, daß das „umweltkatastrophale“ US-Fracking-Gas verkaufbar wurde. Unterstützung gab und gibt es in Deutschland durch die grünen Handlanger vor Ort. Schließlich versprach der heutige Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) schon als schleswig-holsteinischer Landespolitiker im Jahr 2016, Deutschlands Versorgung mit (preiswerten) fossilen Brennstoffen aus Russland schnellstmöglich zu beenden.

Das Ergebnis dieser gegen die deutschen und europäischen Bürger gerichteten Energie-Sabotagepolitik sind in Einzelfällen bis zu verzehnfachte Strom- und Gaspreise für so manchen Endkunden. Allerdings gerieten auch einige Energiehändler wie Uniper (Tochtergesellschaft des finnischen Energieunternehmens Fortum) in Schwierigkeiten, weil sie statt Gewinnen nun extrem hohe Verluste in mehrstelliger Milliardenhöhe erleiden. Bei Uniper übernimmt jetzt der deutsche Staat eine Mehrheit, was die deutschen Steuerzahler weiter belasten wird und beim dadurch entlasteten Mutterkonzern Fortum zu einem regelrechten Kursfeuerwerk führte. „Rein zufällig“ sitzt im Aufsichtsrat dieses finnischen Konzerns der frühere (2014 bis 2017) Geschäftsführer des Weltwirtschaftsforums (WEF) von Klaus Schwab, Philipp Rösler.

Rösler ist damit ein enger Weggefährte des vom WEF geförderten Politik-Nachwuchses, wie u.a. Anna-Lena Baerbock, Robert Habeck, Christian Lindner, Friedrich Merz, Olaf Scholz, Ursula von der Leyen und Josep Borrell (ein spanischer Sozialdemokrat und Vizepräsident der EU-Kommission). Es sind genau diejenigen „Täter“, die den Steuerzahlern nun die aus den Managementfehlentscheidungen und Marktrisiken von Uniper resultierenden Verluste aufdrücken wollen, die zwar nicht alleine, aber auch in der Verantwortungssphäre ihres „Freundes“ Philipp Rösler entstanden. Und dies in einer Höhe von fast des gesamten jährlichen Körperschaftsteueraufkommens in Deutschland.

Während es für den finnischen Energiekonzern Fortum – und damit auch seinen Aufsichtsrat Rösler – Steuerzahlermilliarden regnet, wurden Energiebetriebe russischer Eigentümer einfach unter Zwangsverwaltung gestellt, was einer „kalten Enteignung“ gleichkommt. Die tatsächliche Verantwortung der jeweiligen Eigentümer für den Ukraine-Krieg wurde dabei im Regelfall nicht einmal geprüft. Und wohlgedemert dies alles vor dem Hintergrund, daß es in erster Linie die Politik selbst war, die die aktuellen Verwerfungen auf den Energiemärkten absichtlich oder zumindest fahrlässig selbst herbeigeführt hat.

Es wird immer schwieriger, mit gewöhnlichem Rechtsempfinden zu verstehen, wie Milliarden an „Freunde und Bekannte“ der Berliner und Brüsseler Verantwortlichen einerseits verschleudert werden und den deutschen Bürgern trotz massiv gestiegener Lebenshaltungskosten andererseits keine entsprechenden Anpassungen der Grundfreibeträge oder der Steuerprogression zugebilligt werden. So landet der fleißige, geschundene Arbeitnehmer heute schnell im Spitzensteuersatz. Klaus Schwab (WEF) scheint mit seiner Forderung („Great Reset“) immer mehr Recht zu bekommen, daß uns auf dem sozialistischen Enteignungs- und Besteuerungswege alles genommen werden soll, damit wir dann nichts mehr besitzen, auf staatliche Zuweisungen angewiesen sind und trotzdem froh sein sollen. Seine „Hilfskräfte“ hat er inzwischen in fast sämtlichen Spitzenpositionen Europas und insbesondere der deutsche etablierten Parteienlandschaft platzieren können . . . (eh)

## 8 Wiederholt sich das Flüchtlingsjahr 2015?

Unabhängig von den ukrainischen Flüchtlingen steigt seit Monaten der Flüchtlingsdruck auf die Europäische Union und insbesondere Deutschland wieder deutlich. Dabei ist auffällig, daß laut der EU-Grenzschutzagentur Frontex die Flüchtlingszahlen im westlichen und zentralen Mittelmeer eher zurückgingen, während sie im östlichen Mittelmeerraum exorbitant anstiegen. Der überwiegende Teil der hier aufgegriffenen Menschen habe schon länger in der Türkei verweilt und sich nun auf der sogenannten „Balkanroute“ auf den Weg nach Westeuropa gemacht. Nicht wenige von ihnen (allein im August rund 50 000) wurden von den vergleichsweise wachsamem griechischen Grenzkräften aufgegriffen.

Nicht zuletzt deshalb haben die griechisch-türkischen Beziehungen in letzter Zeit wieder deutlich gelitten. Beide Länder bezichtigten sich nun gegenseitig eines gewaltsamen Umgangs mit den Migranten. Daß Ankara nun erklärt, diese Menschen nicht mehr an der Weiterreise nach Westeuropa hindern zu wollen (was aber im Flüchtlingspakt mit der EU gegen Milliardenzahlungen zugesagt worden war) ist vor allem auf die im kommenden Jahr stattfindenden Wahlen zurückzuführen, wo die Flüchtlingsfrage zu einem wichtigen Wahlkampfthema werden dürfte.

Von einer „Willkommenskultur“ für die z.B. eine Million Syrer, die im Norden der Türkei zumeist in Lagern leben, ist jedenfalls schon jetzt so gut wie nichts mehr zu spüren. Immer mehr dieser Menschen werden von den türkischen Behörden vor die Wahl gestellt, entweder zurück in die Heimat zu gehen oder den Weg nach Westeuropa endlich anzutreten – was in vielen Fällen mit einer illegalen Einreise nach Griechenland beginnt. Griechenland hat deshalb den an Teilen der Grenze zur Türkei aufgebauten Schutzzaun verlängert. Auch Bulgarien hat hier bereits reagiert und Teile seiner Grenze zur Türkei mit einem Zaun gesichert. (tb)

## 9 Inflation in Deutschland

Die Geldentwertung hat Deutschland fest im Griff. Gehen die meisten deutschen Forschungsinstitute für unser Land für 2022 von einer durchschnittlichen Inflationsrate von etwa 8 % aus, werden für 2023 inzwischen auch zweistellige Inflationsraten (also von 10 % an aufwärts) nicht mehr ausgeschlossen. Dabei führt auch schon eine Teuerungsrate von 8 % p.a. zu einem massiven Kaufkraftverlust. Wer beispielsweise heute über 50 000 € verfügt, dessen Kaufkraft sinkt in nur zwei Jahren bei einer Inflationsrate von 8 % jährlich auf nur noch 42 500 € und nach acht Jahren hat sich die Kaufkraft auf rund 25 000 € halbiert. Kritische Fachleute sprechen in diesem Zusammenhang deshalb auch gerne von einer „kalten Enteignung“.

Dabei liegt Deutschland mit einer aktuellen Inflationsrate von rund 8 % „nur“ im Mittelfeld der Euro-Staaten. Im Baltikum sind seit mehr als sechs Monaten zweistellige Raten an der Tagesordnung, inzwischen sind es dort schon an die 20 %. Bei einer derartigen Inflationsrate sinkt die Kaufkraft der eingangs erwähnten 50 000 € innerhalb von zwei Jahren auf nur noch gut 33 000 €!

Als Grund für diesen erheblichen – aber perfiderweise zunächst kaum spürbaren – Wohlstandsverlust werden in der öffentlichen Diskussion oft die im Zuge des Ukrainekrieges und der gegen Russland verhängten Sanktionsmaßnahmen drastisch gestiegenen Energiepreise genannt. Doch das ist nur ein Teil der Wahrheit, denn die deutsche Inflationsrate lag mit 4 % im Oktober und seit Dezember 2021 mit mehr als 5 % schon damals deutlich über der von der Europäischen Zentralbank offiziell angestrebten Geldentwertungsrate von 2 % jährlich.

Die Zentralbanker unter Christine Lagarde („Madame Inflation“) nahmen die von dieser Entwicklung ausgehenden Gefahren für viel zu lange Zeit nicht ernst, oder sie wollten es zumindest nicht. Man verwies auf die Folgen der Corona-Pandemie und zusammengebrochene Lieferketten, die zeitweise tatsächlich zu einer deutlichen Verknappung des Angebots und damit Preissteigerungen geführt hatten. Die Hoffnung auf wie von selbst wieder sinkende Inflationsraten starb dann mit dem Ukrainekrieg und den nicht alleine dadurch ausgelösten Energiepreissprüngen. Die EZB-Oberen warteten mit anderen Worten viel zu lange ab, bis sie sich zum geldpolitischen Gegensteuern durchrangen. Sie unterließen dies nicht zuletzt mit Rücksicht auf einige viel zu hoch verschuldete Euro-Staaten (z.B. Griechenland, Italien, Spanien, Portugal aber auch Frankreich), deren Haushalte bei den jetzt zwangsweise wieder steigenden Zinsen in absehbarer Zeit regelrecht „gesprengt“ werden. Neue Hilfsaktionen – für die dann wieder einmal der deutsche Michel wird einstehen müssen – sind abzusehen. Und dies alles wird sich vor dem Hintergrund einer weiter schwächelnden Konjunktur abspielen, für die die meisten Experten inzwischen eine mehr oder weniger schwere Rezession erwarten. Ökonomen sprechen von einer Rezession, wenn das Bruttoinlandsprodukt in zwei aufeinander folgenden Quartalen unter den jeweiligen Vorjahreswert sinkt.

Es ist spätestens jetzt an der Zeit, Geldwerte zu meiden, vom Halten der für das tägliche Leben erforderlichen Liquidität (und einem evtl. „Notgroschen“ in einer anderen Währung wie z.B. dem Schweizer Franken) einmal abgesehen. Gefragt sind jetzt Sachwerte wie z.B. Gold, Immobilien oder auch seriöse Immobilienfonds. Auch diese Werte, da machen wir uns bitte nichts vor, können in den nächsten Jahren rein theoretisch leiden, aber voraussichtlich längst nicht so stark wie reine Geldwerte. Und alleine darauf kommt es jetzt an. Neueinsteiger sollten aber auch dem Aktienmarkt noch mit größtem Respekt entgegentreten, denn in der zu erwartenden konjunkturellen Schwächephase sind weitere und deutliche Kurskorrekturen nach unten nicht auszuschließen. Wer größere Anschaffungen – wie z.B. eine neue Küche oder ein Auto – ohnehin plant und das Geld dazu hat, darf jetzt gerne zugreifen, denn preiswerter wird es wohl kaum wieder werden. (tb)

## 10 Für Sie aufgelesen:

„In der Demokratie sitzen die Kommunisten im Parlament. Im Kommunismus sitzen die Demokraten im Knast.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettnerhof GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.